



März
2013
Nr. 9

Freiburg – Stadt für Alle?!

Aufruf zur Körperverletzung....

...so sollten die aktuell geplanten (siehe BZ, 6.2.12) Personalkürzungen im Pflegebereich, der Küche, in den Laboren und anderen Bereichen genannt werden: In der Krankenversorgung wird am Limit gearbeitet, weitere Kürzungen sehen wir als Körperverletzung – an den PatientInnen und an den ArbeiterInnen der Klinik!

Gegen diese Pläne der Klinikleitungen hat es in der letzten Woche erste Proteste gegeben: Auf einer Personalversammlung wurden Vorschläge für die nächsten Wochen gesammelt: Dienst nach Vorschrift, kein Einspringen aus dem Frei mehr, Stopp von Teilen der ausufernden sog. Pflegedokumentation, um auch sensible Bereiche wie die Abrechnung gegenüber der Krankenkasse zu treffen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob das gelingen wird!

Auswirkungen auf die Stadt

Proteste in der Uniklinik sind aber nicht „nur“ für Patienten und ArbeiterInnen der Klinik von Bedeutung. Als größter Arbeitgeber der Stadt mit fast 10000 ArbeiterInnen wirkt die Klinik wie ein Brennglas auf die Verhältnisse: Hier finden sich alle schlechten „Errungenschaften“ des Arbeitsmarktes: befristete Verträge, Leiharbeit, Auslagerungen, Privatisierungen... „Bewegung in der Klinik“ könnte die Verhältnisse in Freiburg überhaupt zum Tanzen bringen!

Baupläne führen zu Stellenabbau?

Auch deswegen, da die Baupläne der Uniklinik (BZ vom 12.5.12) im Zusammenhang der Umstrukturierungen / Abrisspolitik des Bauvereins im Uni-Viertel zu stehen scheinen: Bis 2011 waren die Pläne noch im Intranet einsehbar: Entwürfe der Firma HealthCare Dresden (HCD), der Architektengruppe (sha) und einer vom Unibauamt. Alle drei hatten das betreffende Wohnviertel miteinbezogen, mal als Parkhaus, mal als "Option Klinikerweiterung"... Wenn R. Disch (Bauverein) diesen Zusammenhang abstreitet, klingt das nicht glaubwürdig – auch wenn aktuelle Baupläne nicht mehr offen einsehbar sind. Den Zusammenhang deutet auch der Artikel in der Badischen Zeitung an.

Auch wenn es mehr Wohnraum geben sollte, ändert das nichts an der Brisanz des Zusammenhangs: Wir bleiben dran, an den Plänen der Klinik, und an den (hoffentlich!) Protesten der ArbeiterInnen der Klinik.

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** im Syndikats-Büro auf dem Grethergelände (Adlerstr. 12). Das nächste Treffen findet am **08. März** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Stadtpolitik von A-Z zu finden auf
www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 01.03. Commons – Politik jenseits von Markt und Staat | 20 Uhr – Adlerstr. 12
 - 02.03. „Reich Macht arm – Kommunale Strategien gegen soziale Ausgrenzung“ | ab 10.30 Uhr - Glashaus
 - 08.03. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr – Adler 12
- Immer wieder aktuelle Termine:
www.rechtaufstadt-freiburg.de

Kommentar: Logik des Marktes

Der Berliner (Stadt-)Soziologe Andrej Holm zeigt in seinem Gentrificationblog auf, worin das systematische Versagen der Marktlogik besteht, wenn es um das Bereitstellen preisgünstiger Wohnungen geht.

„Die Argumentation noch mal mit anderen Worten: Nur erhöhte Neubauzahlen können den Druck vom Wohnungsmarkt nehmen und die momentanen Preissteigerungen einzudämmen. Doch Neubau gibt es nur, wenn die Bestandsmieten hoch genug sind, so dass auch der Neubau rentabel erscheint. Oder noch kürzer die Mieten im Bestand müssen steigen, damit der Neubau die Mietsteigerungen im Bestand dämpfen kann.

Mietsteigerungen im Interesse der Mieterschaft – so einfach löst der Markt die Wohnungsfrage. Kein Wunder, das immer mehr Mieterinitiativen eine Vergesellschaftung der Wohnungsversorgung fordern und nach Trägermodellen jenseits des Marktes suchen.“

So sind „Mietsteigerungen und Profite [...] zwei Seiten derselben Medaille. Eine wirklich soziale Wohnungspolitik kann es ohne die Einschränkung von Verwertungsinteressen nicht geben.“

Um die Idee der Vergesellschaftung der Wohnungsversorgung – wie zum Beispiel durch das Mietshäuser Syndikat – aber auch anderer Bereiche der sozialen Infrastruktur wie Wasser, Strom, Bildung, Kultur, ... geht es bei der **Veranstaltung am 1. März: Commons – Politik jenseits von Markt und Staat**

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (Rückblick vom 15. Januar bis 15. Februar)

VERGESELLSCHAFTUNG STATT VERSTAATLICHUNG!

Die EU will die Privatisierung von Wasser vorantreiben. Dagegen formiert sich Widerstand und es wurden bereits über 1 Mio. Unterschriften gesammelt (right2water.eu/de). In Thessaloniki - als Folge der von der Troika verordneten Spar- und Privatisierungspolitik - organisieren sich Menschen (Bewegung 136), um die Wasserversorgung in einer basisdemokratischen vergesellschafteten Form zu betreiben, um sich der Logik von Staat und Markt weitestgehend zu entziehen. (rdl.de)

WEINGARTEN: WENIGER DEMOKRATIE WAGEN

Bei rdl.de wurde die Befürchtung geäußert, dass die Gemeinwesenarbeit in Weingarten, die sich bisher für ihren klaren Einsatz im Sinne der QuartiersbewohnerInnen und deren Selbstermächtigung bekannt war, unter Aufsicht genommen werden könnte. Denn wo kämen wir hin, wenn es Menschen gäbe, die konsequent die Rechte und Bedürfnisse der MieterInnen und prekär Lebenden stärken?

(UN-)SOZIAL WOHNUNGEN

In Report Mainz wurde auf das Geschäft mit den Sozialwohnungen an Beispielen aus Berlin, Hamburg und Freiburg hingewiesen. Es wurde gezeigt, wie die Freiburger Stadtbau durch Sanierungen MieterInnen selbst aus dem als günstig geltenden Weingarten verdrängt:

„Die Mieterhöhung durch die Sanierung hier treibt die Leute in die Armut. Eigentlich sollte man meinen, die Sozialwohnungen, auch die ehemaligen Sozialwohnungen, schützen die Menschen genau davor“, so eine Gemeinwesenarbeiterin aus Weingarten in der Reportage.

CITY-REPORT FREIBURG

In einer Studie der Immobilienwirtschaft werden die Mietpreise in Freiburg zwischen 8,20 – 10,40 €/qm verortet. Dazu kommen 41,7% Steigerung innerhalb von 7 Jahren bei Gas und Strom. (bz)

ZWANGSRÄUMUNGEN IN BERLIN

In Berlin formiert sich eine breite Bewegung gegen Zwangsräumungen.

Bereits bei einer „Probekblockade“ beteiligten sich über 500 Menschen, um ein öffentliches Zeichen und direkten Widerstand gegen Zwangsräumung zu setzen. Update: Am 14.2. wurde trotz dieses Widerstands unter massivem Polizeieinsatz ein Haus geräumt. (zwangsraeumungsverhindern.blog-sport.de)

MASSENBESETZUNG IN ROM

Am 6. Dezember haben rund 3 000 Personen, darunter rund 800 Familien, im Rahmen eines „Sozialstreiks“ in Rom mehrere Häuser besetzt. Die koordinierte Aktion fand in Kooperation von Basisgewerkschaften, Studierendenbewegung und HausbesetzerInnen-Kollektiven statt. *„Die Zeit war gekommen, von der Symbolpolitik zur direkten Aktion überzugehen“* so eine der Beteiligten gegenüber der Jungle World.



TRINK-/ AUFENTHALTSVERBOTE

In der Diskussion um Alkoholverbote in der Innenstadt will die achso liberale grün-rote Landesregierung einjährige Aufenthaltsverbote einführen. Die taz schreibt dazu: *„dies [wird] wohl nur Obdachlose treffen und wäre damit lediglich eine verkappte Maßnahme zur Stadtbildpflege“*. (rdl.de)

WM 2014 = ZWANGSRÄUMUNGEN

Die Fußball WM 2014 und Olympia 2016 in Brasilien führt zu Vertreibungen im großen Stil. Die sportlichen Großereignisse werden von den Stadtverwalt-

ungen für großangelegte städtische Umstrukturierungen ausgenutzt; diverse Sicherheitsgesetze werden verschärft. Verschiedene soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen haben sich zusammengeschlossen („Comités Populares da Copa 2014“), um dies zu verhindern. (KoBra)

WANDERARBEITER AUF DER STRASSE

In einem Monitor-Beitrag wurde über die Lebensrealität in deutschen Großstädten berichtet, in denen osteuropäische Wanderarbeiter auf dem Arbeiterstrich ausgebeutet werden. Und wie sie von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden im Stich gelassen und nötigste Hilfe (Notunterkunft) aktiv verweigert wird, da diese nur Deutschen vorbehalten seien.

Monitor: *„Der Skandal besteht allerdings nicht darin, dass Menschen in Not nach Deutschland kommen. Er besteht darin, dass Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunen die Folgeprobleme der EU-Osterweiterung offenbar aussitzen wollen, ohne sich über koordinierte Hilfsprogramme Gedanken zu machen.“*

Und wie sieht es in Freiburg aus? Werden hier auch Menschen weggeschickt? Ein Blick ins Grundgesetz: Die Menschenwürde ist unantastbar. Dies gilt nicht nur für Deutsche!

WOHNUNGSNOT IN FRANKREICH

Aktuelle Zahlen belegen es, in Frankreich sind „3,6 Millionen Personen, die nicht oder nur schlecht untergebracht sind“. Bei einer steigende Verarmung der Menschen sind selbst „Sozialwohnungen“ zu teuer. Die Zahl der Zwangsräumungen werden im letzten Jahr auf 119.000 beziffert.

20 JAHRE TAFELN SIND GENUG!

Das "Kritische Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln" findet, dass 20 Jahre Tafel (aber auch Kleiderkammern, Suppenküchen, ...) genug seien und Ausdruck der verfestigten und zunehmenden Armut. So fehle es „an einer gerechten Umverteilung des Wohlstands und des Reichtums [...] armutsökonomische Angebote [füllten] diese Lücke“ zunehmend, anstatt sie zu bekämpfen. (aktionsbuenndnis20.de)